

### Gesundheitsreform

## Extrem unsolidarische Kampfansage

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach wählte klare Worte: Das neue schwarz-gelbe Modell zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sei „eine Kampfansage an die 70 Millionen Versicherten. Es ist absolut inakzeptabel, dass ausschließlich sie alle Kostensteigerungen mit nach oben offenen Kopfpauschalen zahlen müssen“.

Am 6. Juli hatte sich die schwarz-gelbe Koalition nach monatelangem Zerren auf höhere Beitragssätze und Zusatzbeiträge geeinigt, die vor allem kleine und mittlere Einkommen belasten. Danach sollen die Beitragssätze im kommenden Jahr von 14,9 auf 15,5 Prozent erhöht werden. Der Anteil der Arbeitgeber wird eingefroren, zukünftige Kostensteigerungen tragen allein die ArbeitnehmerInnen. Zudem soll der Zusatzbeitrag für die gesetzliche Krankenversicherung künftig jedes Jahr neu berechnet werden, eine Obergrenze entfällt, die Krankenkassen entscheiden über die Höhe. Bislang sind die Zusatzbeiträge auf ein Prozent des Bruttoeinkommens oder 37,50 Euro im Monat



DGB-Plakat zur Kopfpauschale

begrenzt. Die Zusatzbeiträge seien nichts anderes als „verkappte Kopfpauschalen, um den Versicherten das Geld aus der Tasche zu ziehen“, so Buntenbach. Wenn zukünftig der Arbeitgeberbeitrag eingefroren wird, werde es Kopfpauschalen in Form von Zusatzbeiträgen nur so hageln. „Skandalös“ sei der Versuch, die Arbeitgeber auf Biegen und Brechen aus der Verantwortung für die mittel- und langfristige Finanzierung der GKV zu entlassen. „Daran ändert auch die einmalige Beitragserhöhung für 2011 nichts“, warnt Buntenbach.

Auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer kritisierte die Zusatzbeiträge als „Fremdkörper in der solidarischen Krankenversicherung, weil sie die Versicherten einseitig unsolidarisch belasten und zu einem zerstörerischen Kasernenwettbewerb führen“. Der DGB lehnt insbesondere das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge und die Umwandlung der Zusatzbeiträge in eine Kopfpauschale als „extrem unsozial“ ab. Um die Belastungen fair zu verteilen, fordert er die Koalition auf, einen Schritt weiterzugehen und die paritätische Finanzierung der GKV wieder einzuführen. Damit könnte das Defizit gedeckt und den Versicherten die unsozialen Zusatzbeiträge erspart werden.

Auch die Sozialverbände kritisieren die Eckpunkte scharf. Der Präsident des Sozialverbands Deutschland (SoVD) Adolf Bauer sagte: „Jetzt zeigt Schwarz-Gelb, wohin die Reise in der Gesundheitspolitik geht – mit der Ausweitung der Zusatzbeiträge sollen die Kostenrisiken im Gesundheitssystem in Zukunft allein auf die Patienten und Versicherten abgewälzt werden. Insbesondere Geringverdiener und Rentner gerieten dabei unter die Räder, „denn sie sind die großen Verlierer, wenn die Zusatzbeiträge künftig ungebremst steigen“.

Die Gesundheitskommission „Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft“ aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Wissenschaftlern lehnt „jede weitere einseitige Belastung der Versicherten als unausgewogen ab. Die finanziellen Lasten müssen solidarisch getragen werden“, heißt es in ihrer Erklärung. ●

## plusminusBERLIN

**+** **Hilde Mattheis (SPD/MdB)** fordert einen deutlich höheren Spitzensteuersatz für Vermögensmillionäre. Diese hätten sich in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland als „äußerst krisenresistent“ erwiesen. Deshalb könnten sie auch „starke Lasten schultern“.

**-** **Dorothee Bär (CSU/MdB)** will nicht, dass Kinder von gleichgeschlechtlichen PartnerInnen adoptiert werden können. Diese „unerfüllten Wünsche einzelner“ seien gegen das Wohl des Kindes, das „Vater und Mutter in ihrer unterschiedlichen Ausprägung“ brauche.

### Seite 3

**Im Angesicht der Krise Die Gewerkschaften planen für den Herbst vor allem betriebliche Aktionen**

### Seite 5

**Internationale Solidarität 2. Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Vancouver: „Jetzt zählen die Menschen“**

### Seite 7

**Kürzungen beim Elterngeld Für Thomas Gesterkamp das falsche Signal: Reiche Familien haben Vorrang**



### Der Surf-Tipp fürs Internet

[www.iuf.org/ccww](http://www.iuf.org/ccww)  
Globale Allianz der Coca-Cola Beschäftigten

### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)  
Erklärung der DGB-Kommission „Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft“

Leiharbeit

## Überzogene Deregulierung

Drei Gesetzesentwürfe von SPD, von Der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen zur Regulierung der Leiharbeit liegen dem Bundestag vor. Diese und der 11. Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) waren am 28. Juni Thema einer Anhörung vor dem Ausschuss für Arbeit und Soziales. Dabei wurde deutlich: Sowohl der erhoffte Brückeneffekt wie auch der so genannte Klebeeffekt sind nicht

eingetreten. Stattdessen hat die Deregulierung der Leiharbeit dazu geführt, dass Festangestellte zu schlechteren Bedingungen ersetzt werden und der Druck auf reguläre Löhne wächst. „Die Deregulierung ist völlig überzogen worden“, erklärte DGB-Arbeitsmarktexperte Johannes Jakob während der Anhörung.

Für den Soziologen Klaus Dörre geht die Entwicklung in der Leiharbeit einher mit einer Disziplinierung der Stammebelegschaft: „Die Festanstellung erscheint als Privileg, das man mit Zähnen und Klauen zu verteidigen sucht. Man verzichtet auf anderes. Es reduziert die Ansprüche und macht die Be-



**Alles was Leiharbeitskräfte wissen müssen: Der DGB hat vor kurzem eine Neuauflage seiner Broschüre „Ratgeber Leiharbeit – Tipps und Hilfen für Beschäftigte“ vorgelegt. Bestellungen: [www.dgb-bestellservice.de](http://www.dgb-bestellservice.de)**

führung des Synchronisationsverbotes und mehr Mitbestimmung. Die Fraktionen der Linken und der Grünen fordern darüber hinaus eine Flexibilisierungsprämie für LeiharbeiterInnen von zehn Prozent. Für den DGB weisen die Entwürfe in die richtige Richtung, heißt es in einer Stellungnahme. [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

Leerverkäufe

## Generelles Verbot

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hat das vom Bundestag Anfang Juli beschlossene Verbot ungedeckter Leerverkäufe als „halbherzig und lückenhaft“ kritisiert. So soll es keine Verordnungsermächtigung für das Finanzministerium zum Verbot spekulativer Kredit- und Währungsderivate ge-

ben. „Dabei ist es entscheidend, dass die Politik gegen sekunden-schnelle Spekulationen vorgehen kann“, so Matecki. Hier zeige sich erneut, dass die Bundesregierung „keine gründliche Regulierung solcher volkswirtschaftlich unsinnigen Geschäfte beabsichtigt“. Der DGB fordert ein generelles Verbot von Leerverkäufen sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und eine unabhängige öffentlich-rechtliche Bewertung von Finanzprodukten. ●

Hartz-IV-Urteil

## 480 Millionen für Umsetzung

Im Entwurf für den Haushalt 2011 sind 480 Millionen Euro „als allgemeine Vorsorge für die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts“ zum bildungsbezogenen Bedarf für Kinder aus Hartz-IV-Familien vorgesehen. Das Gericht hatte im Februar entschieden, dass bis Jahresende die Hartz-IV-Leistungen neu gefasst und für Kinder grundsätzlich neu berechnet werden müssen. Besonders scharf hatten die obersten RichterInnen die Regelungen für die rund 1,7 Millionen betroffenen Kinder gerügt, weil etwa Ausgaben für Schulsachen, die zum existenziellen Bedarf eines Kindes gehörten, bislang nicht berücksichtigt wurden.

Nach Einschätzung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes reichen die 480 Millionen bei weitem nicht aus, um die Vorgaben aus Karlsruhe umzusetzen: Nach Modellrechnungen des Verbandes seien mindestens 1,5 Milliarden Euro nötig. Wegen der geplanten Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger stünden die Kinder im Ergebnis ohnehin schlechter da als vor dem Urteil des Gerichts. ●

ELENA

## Unkonkrete Ankündigung

Wirtschaftsminister Rainer Brüderle und Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (beide FDP) haben überraschend angekündigt, den Elektronischen Entgeltnachweis ELENA aus Kostengründen zu überprüfen. Die Kommunen hatten zuvor kritisiert, die Kosten pro Arbeitnehmer/in würden statt der geplanten zehn Euro inzwischen auf bis zu 80 Euro geschätzt. Brüderle kündigte an, über ein Moratorium nachdenken. Die Belastungen der öffentlichen Haushalte dürften durch dieses Verfahren nicht „durch die Decke gehen“. Datenschutzrechtliche Gründe nannte er nicht.

Dem Bielefelder Verein zur „Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs“ FoeBuD, der eine Verfassungsbeschwerde gegen das Verfahren initiiert hat, reicht die vage Ankündigung nicht: Solange es keine konkreten Pläne gebe, sehen die Gegner dieser Vorratsdatenspeicherung keinen Grund, sich „von dieser Vernebelungstaktik täuschen zu lassen“, erklärte Rena Tangens von FoeBuD. ●

Rente

## Prekär im Alter

Ab 2012 soll das Renteneintrittsalter in Deutschland schrittweise angehoben werden. Für alle europäischen Länder empfiehlt das jetzt auch das „Grünbuch“ zur Rentenpolitik der EU-Kommission. Demnach soll das Renteneintrittsalter bis 2060 schrittweise auf 70 Jahre steigen. Dabei ist schon jetzt die Situation Älterer prekär. Nicht einmal zehn Prozent der 64-Jährigen waren 2008 sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das ergab eine Anfrage der Partei DIE LINKE im Bundestag. Mehr als ein Fünftel gehen aus Erwerbslosigkeit

und weniger als ein Fünftel aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in die Altersrente. Auch seien empfindliche Abschläge von der Altersrente schon heute Normalität.

Knapp die Hälfte aller, die in Rente gehen, mussten 2008 Abschläge von über hundert Euro in Kauf nehmen. In Ostdeutschland sind deutlich mehr als zwei Drittel von Abschlägen betroffen. „Das ist ein groß angelegtes Kürzungsprogramm“, folgerte Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Linken im Bundestag. „Die Rente erst ab 67 muss sofort zurückgenommen werden, denn sie fördert Armut und sozialen Abstieg“. [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

# GEWERKSCHAFTEN

Herbstaktionen der Gewerkschaften

## Gegen eine Politik mit sozialer Schieflage

Mit vielfältigen Aktionen wollen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in diesem Herbst gegen das schwarz-gelbe Sparpaket und andere neoliberale Strategien zur Bewältigung der Krise mobilisieren. Schwerpunkt der Proteste sollen betriebliche Aktionen zwischen dem 25. Oktober und dem 13. November sein.

Die Verursacher der Krise müssen zahlen, und die Kosten der Krise dürfen nicht den ArbeitnehmerInnen aufgebürdet werden. Das fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften seit Beginn der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Bereits im Mai 2009 mobilisierten sie für diese Forderung über 100 000 Menschen zu einer Demonstration in Berlin. Doch alle Proteste, alle eindeutigen Empfehlungen von Experten, alle Gegenkonzepte gegen neoliberale Konzepte haben wenig gefruchtet – wie viele andere Regierungen in Europa setzt auch die Bundesregierung auf althergebrachte neoliberale Rezepte im Krisenmanagement – mit Einsparungen bei den öffentlichen Dienstleistungen und mit Kürzungen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

So will die Bundesregierung 80 Milliarden Euro bis 2014 einspa-

ren. Bereits im nächsten Jahr sollen 11,1 Milliarden Euro weniger ausgegeben werden. Allein rund fünf Milliarden sollen dabei aus den Bereichen Soziales, Arbeitsmarktförderung und Hilfen für Familien kommen. Zwar wird Schwarz-Gelb erst Anfang September das endgültige Sparkonzept verabschieden, aber das Anfang Juni von CDU/CSU und FDP vorgelegte Sparpaket zeigt eindeutig: Gespart werden soll vor allem bei den Schwachen, im Arbeitsmarkt- und Sozialbereich.

Es reicht, sagen die Gewerkschaften und haben deshalb Anfang Juli im DGB-Bundesvorstand umfassende Aktivitäten gegen die soziale Schieflage bei der Krisenbewältigung sowie für soziale Gerechtigkeit, für einen starken Sozialstaat, für eine Regulierung der Finanzmärkte und für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt verabredet. Insbesondere soll auch der

massive Missbrauch von Leiharbeit thematisiert werden. Schwerpunkt werden Aktionen im Betrieb und in der Region sein. Einige Gewerkschaften haben bereits ihre Kampagnen gestartet, etwa ver.di unter dem Motto „Gerecht geht anders“ ([www.gerecht-geht-anders.de](http://www.gerecht-geht-anders.de)). Der DGB wird die Aktivitäten der Mitgliedsgewerkschaften bündeln und ein übergreifendes Kommunikationskonzept erarbeiten.

Geplant ist, vor allem vom 25. Oktober bis zum 13. November in den Betrieben für die gewerkschaftlichen Forderungen zu mobilisieren. Als Fortsetzung des DGB-Kapitalismuskongress im Mai 2009 planen DGB und Gewerkschaften für den 7. Oktober, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, eine Tagung in Berlin zur sozial gerechten Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Einbezogen in die Herbstaktivitäten der Gewerkschaften werden auch die DGB-Kampagnen gegen die Rente mit 67 ([www.ichwillrente.net](http://www.ichwillrente.net)) sowie die für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft ([www.stoppauschale.de](http://www.stoppauschale.de)). •

## Kommunen in Not

Spielplätze, Schulen und Straßen verrotten, Jugendzentren werden geschlossen, Kitas schließen früher, kommunale Gebühren, etwa für die Straßenreinigung, werden erhöht: Die Folgen der Krise spüren alle BürgerInnen hautnah vor Ort. Viele Kommunen sind durch die Krise, aber auch durch eine falsche Steuerpolitik der Bundesregierung in eine finanzielle Notlage geraten. Und reagieren darauf mit Kürzungen der Leistungen oder Gebührenerhöhungen. Die finanzielle Misere der Städte und Gemeinden bestätigt auch eine aktuelle Erhebung der Beratungsfirma Ernst & Young. Danach bezeichnen 68 Prozent der Kommunen ihre eigene Finanzsituation als schlecht oder sehr schlecht. Die Folge ist, dass sie überall den Rotstift ansetzen – indem sie Personal abbauen, Leistungen kürzen und Gebühren erhöhen.

„Für viele Kommunen ist es völlig aussichtslos, sich aus eigener Kraft aus der Verschuldungsspirale zu befreien“, sagt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki und fordert: „Die Kommunen müssen von Bund und Ländern entschuldet werden.“ Gleichzeitig sei es unabdingbar, die Einnahmen des Staates und der Kommunen zu erhöhen. Die Folgen der Krise für die Kommunen und die öffentliche Daseinsvorsorge werden einer der Schwerpunkte der Herbstaktionen der Gewerkschaften sein.

## Finanznot: Kommunen kürzen Leistungen

Strategien, mit denen die Kommunen auf ihre Finanznot reagieren (Angaben in Prozent)

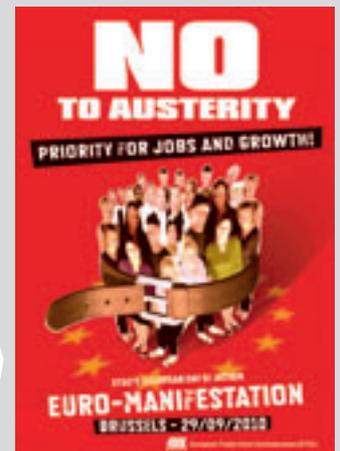


Quelle: Repräsentative Befragung von Stadtkämmerern in 300 deutschen Kommunen durch die Beratungsfirma Ernst & Young 2010

© DGB einblick 13/10

## Demo in Brüssel

„Nein zu Sparmaßnahmen – Priorität für Wachstum und Beschäftigung“: Unter diesem Motto ruft der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) für den 29. September europaweit zu Aktionen gegen die neoliberalen Stra-



tegien der Regierungen in Europa zur Bewältigung der Krise auf. Neben Aktionen in vielen Ländern wird es eine zentrale Demonstration in Brüssel geben. Die DGB-Gewerkschaften unterstützen den EGB-Aufruf und wollen insbesondere in den an Belgien grenzenden Bezirken für eine Teilnahme an der Brüsseler Demonstration mobilisieren.

Die Kritik des EGB ist grundsätzlich. Er fordert einen klaren Kurswechsel und kritisiert, die europäischen Regierungen hätten „in Panik dem Druck der Finanzmärkte nachgegeben“, so EGB-Generalsekretär Johns Monks. „Diese Panikreaktionen werden die geschwächte Wirtschaft hart treffen. Die Regierungen riskieren damit eine europaweite Rezession.“

[www.etuc.org](http://www.etuc.org)  
Der EGB-Aufruf:  
[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

Studie

## Fachkräfte im Osten knapp

„Lohnplus dank Geburtenknick“ titelte die *Frankfurter Rundschau (FR)* Mitte Juni und prognostizierte, dass der Fachkräftemangel zur Angleichung der Einkommen in Ost und West führen werde. Damit griff die FR eine These auf, die der Transformationsforscher und Industriosoziologe Burkhard Lutz in einer Studie im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung (OBS) entwickelt hat, die inzwischen als Arbeitsheft 65 der OBS erschienen ist. In der Studie zum „Fachkräftemangel in

Ostdeutschland“ geht es aber um mehr als nur um den „lohnpolitischen“ Aspekt.

Lutz und sein Team erwarten eine lang anhaltende Fachkräfteknappheit, auf die die Unternehmen in den neuen Ländern nicht vorbereitet sind. Die Arbeitslosigkeit im Osten – ausgelöst durch die massive Deindustrialisierung – führe zu großem Abwanderungsdruck. Inzwischen sinkt die Zahl der Schulabgänger rasch. Das schlägt zunehmend auf die Zahl der LehrstellenbewerberInnen durch. Gleichzeitig steigt die Zahl der Erwerbstätigen, die in Rente gehen, die frei werdenden Arbeitsplätze müssen wieder besetzt werden,

entsprechende Fachkräfte fehlen jedoch. Eine überlebensgefährdende Situation für viele Betriebe, diagnostiziert die Studie. •

[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

ver.di

## Fernsehpreis für „Kassensturz“

Der ver.di-Fernsehpreis 2010 geht in diesem Jahr an Stephan Falk, Lars Montag und Connie Walther. Falk und Montag erhalten den Preis für das Drehbuch zum Tatort-Krimi „Kassensturz“, der sich mit dem Mord an einem Bereichsleiter einer Discount-Kette und dessen Willkür

im Umgang mit Beschäftigten befasst. Walther wurde für die Regie in „Frau Böhm sagt nein“ ausgezeichnet. Drehbuchautorin Dorothee Schön hat für diesen ARD-Film die Vodafone-Übernahme aus dem Jahr 2000 und die VW-Affäre verarbeitet. Im Mittelpunkt steht dabei eine Sachbearbeiterin in der Buchhaltung, die sich weigert, unanständig hohe Prämien an die korrupten Vorstände auszuzahlen. Die Preise sind mit jeweils 7500 Euro Preisgeld ausgestattet. •

[www.verdi.de](http://www.verdi.de)

Sommerhitze

## Arbeit in der Sauna

Wie viel Hitze müssen Beschäftigte am Arbeitsplatz aushalten? Vorschriften zur Raumtemperatur in Arbeitsstätten sowie Tipps und Hinweise zum Thema gibt es im Heft „Tipps 39 – Sommerhitze“ des Fachbereichs Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung der IG Metall. •



Download: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

August-Schmidt-Stiftung

## Chance auf Bildung ermöglichen

Seit mehr als fünfzig Jahren unterstützt die August-Schmidt-Stiftung nahezu im Verborgenen Waisen im Organisationsbereich der IG Bergbau, Chemie, Energie, deren Väter oder Mütter bei der Arbeit tödlich verunglückt sind oder an den Folgen von Silikose, Siliko-Tuberkulose, Asbestose und anderen typischen „Grubenerkrankungen“

verstorben sind. Ihren Geschäftsbericht 2009 hat die Stiftung nun in Form einer informativen Broschüre mit viel Hintergrundwissen zur Stiftung vorgelegt. Die Stiftung hat im vergangenen Jahr 155 Waisen betreut, eine Hilfe, die für viele von ihnen sehr wichtig ist. Die Stiftung unterstützt junge Menschen, die durch den Verlust eines Elternteils

in materielle Not geraten sind, mit einer Ausbildungsbeihilfe oder durch die Bezahlung von Studiengebühren. Die Gründung der Stiftung geht zurück auf eines der schwersten Grubenunglücke des deutschen Bergbaus im Februar 1962. Damals kamen auf der saarländischen Schachanlage Luisenthal 299 Bergleute ums Leben. 87 wurden schwer verletzt. Die tödlich verunglückten Bergleute hinterließen 365 Halbweisen. •

[www.august-schmidt-stiftung.de](http://www.august-schmidt-stiftung.de)

## interregio

••• Mehr Anerkennung für GewerkschafterInnen, die sich ehrenamtlich engagieren, will die **DGB-Region Köln-Bonn** mit ihrem **Projekt** „Gewerkschaften haben viele Gesichter“ erreichen. Einer größeren Öffentlichkeit sollen KollegInnen vorgestellt werden, die sich ehrenamtlich engagieren. Allein die DGB Region Köln-Bonn benennt rund 2000 ArbeitnehmervertreterInnen in verschiedenen Gremien: Prüfungsausschüsse bei Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern, ehrenamtliche Richter, Jugendschöffen, Mitglieder in Schulkonferenzen, Selbstverwaltung, Sozialversiche-

rung usw. Dieses gewerkschaftliche Engagement will die DGB-Region stärker in die Öffentlichkeit bringen und zeigen, dass sich viele GewerkschafterInnen in unserer Gesellschaft engagieren. Weitere Ziele sind mehr öffentliche Anerkennung des Ehrenamtes und Neugewinnung von ehrenamtlichen KollegInnen über die „guten Beispiele“. Die Portraits sollen nach der Sommerpause im Internet erscheinen.

<https://koeln-bonn.dgb.de/uber-uns/gesichter>

••• Der **DGB Rheinland-Pfalz** hat die **Bundesratsinitiative** der rheinland-pfälzischen Landesre-

gierung zum Erhalt der Tarifeinheit begrüßt. Der Bezirksvorsitzende des DGB West Dietmar Muscheid erklärte: „Die Brisanz der BAG-Entscheidung gegen die Tarifeinheit darf nicht unterschätzt werden. Konkurrenz ist gut, aber nicht, wenn sie zu Lasten ganzer Belegschaften geht. Durch die Aufgabe der Tarifeinheit wird dem System der Branchentarifverträge das stabilisierende Fundament entzogen. Es droht nicht nur die Spaltung der Belegschaften, sondern auch der Abschied von dem überwiegend konstruktiven Klima zwischen den Tarifvertragsparteien.“

[www.dgb-west.de/dgb-rheinland-pfalz](http://www.dgb-west.de/dgb-rheinland-pfalz)

Info-Broschüre

## Männersache Vereinbarkeit

Die neue DGB-Informationsbroschüre „Männersache Vereinbarkeit“ befasst sich mit der Situation von Vätern am Arbeitsplatz. Aktuelle und vergangene Rollenbilder werden beleuchtet. Übersichtlich werden in Arbeitsmodulen Anregungen gegeben, wie am Arbeitsplatz etwa Betriebs- und Personalräte eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für Männer erreichen können. •

[www.dgb-bestellservice.de](http://www.dgb-bestellservice.de)

# GEWERKSCHAFTEN

Internationaler Gewerkschaftsbund

## „International und solidarisch für die Menschen“

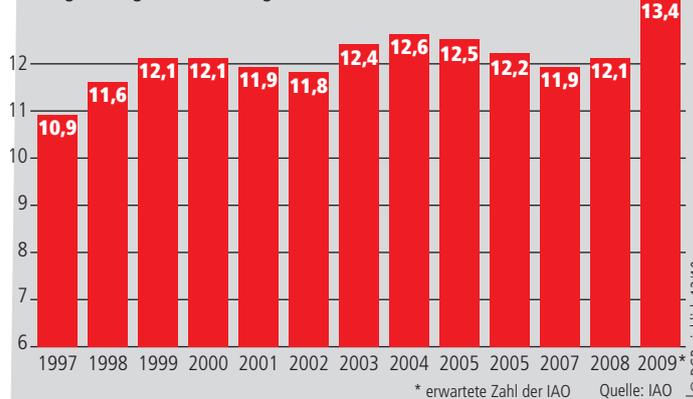
Erklärtes Ziel der internationalen Gewerkschaften ist es, auf die Krise und die unzureichenden Reaktionen der Regierungen gemeinsam und solidarisch zu reagieren. Das ist ein Ergebnis des zweiten Weltkongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) vom 21. bis 25. Juni im kanadischen Vancouver.

„Wir müssen mit Kraft und Solidarität darauf reagieren, dass die Antwort einiger PolitikerInnen ist, die ArbeiterInnen erneut zu bestrafen, indem sie den Finanzmärkten erlauben, die globale Politik zu dominieren“, sagte die neue Generalsekretärin Sharan Burrow bei der Eröffnung des IGB-Kongresses. Rund 1400 Delegierte aus der ganzen Welt debattierten anschließend unter dem Motto „Jetzt zählen die Menschen – Aus der Krise mit globaler Gerechtigkeit“ die Strategien und Inhalte der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Guy Ryder, dessen Amtszeit als Generalsekretär des IGB endete, appellierte an die Delegierten: „Der Zusammenhalt aller Gewerkschaften auf der Welt wird entscheidend sein für den Erfolg der internationalen gewerkschaftlichen Solidarität.“ In Folge der Krise hätten seit 2008 34 Millionen Arbeitnehmer ihre Arbeit verloren, weitere 64 Millionen Menschen wurden in die Armut gedrängt. So negativ sich die Krise auch für viele Menschen auswirke, so biete sie aber auch Chancen, „für einen neuen Weg, einen humanen Weg, der sich an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientiert“. Mit der Entschliebung „Die Globalisierung verändern“ forderten die Delegierten konkrete Maßnahmen, um eine Wiederholung des Beinahe-Kollapses zu verhindern. Zudem, dafür stimmte der Kongress, muss es in der Globalisierung einen grundlegenden Richtungswechsel geben.

Im Themenreport forderte Ryder als vordringliche Ziele menschenwürdige Arbeit für alle, Fairness und Gerechtigkeit auf dem Arbeits-

### Krise trifft junge Beschäftigte hart

Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit weltweit seit 1997 (in Prozent)



**Für 2009 geht die Internationale Arbeitsorganisation ILO davon aus, dass von den weltweit 211 Millionen Arbeitslosen rund 83 Millionen zwischen 15 und 24 Jahren alt sind. Die IGB-Resolution „Menschenwürdiges Leben für junge Arbeiterinnen und Arbeiter“ fordert deshalb, die Situation junger Beschäftigter besonders in den Blick zu nehmen.**

markt, die Regulierung der Finanzmärkte, eine nachhaltige CO<sub>2</sub>-arme Zukunft, ein neues Entwicklungsmodell und die Steuerung und Regulierung der Globalisierung. Zum Aktionsplan gehört auch die Umsetzung der globalen Beschäftigungsinitiative der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Ziel dieses globalen Job-Paktes ist es, Beschäftigung und sozialen Schutz in den Mittelpunkt von Konjunkturprogrammen zu stellen. Ryder drängte: „Die Gewerkschaften und der IGB müssen schnell handeln, sonst ist die Chance für grundlegende Veränderungen vorbei.“

Für diese Aufgabe seien die internationalen Gewerkschaften gut aufgestellt, meint der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der zum neuen Präsidenten des IGB gewählt wurde. „Vier Jahre nach seiner Gründung ist der IGB ein globaler Player geworden – die globale Stimme der arbeitenden

Menschen dieser Welt“, sagte Sommer. Auch er sieht den IGB vor großen Herausforderungen: „Wir müssen dagegen angehen, dass die arbeitenden Menschen als Opfer der Krise auch noch die Folgen der Krise bezahlen sollen. Auch deshalb brauchen wir die Finanztransaktionssteuer. Wir müssen weltweit kämpfen, für gute Arbeit, gegen Arbeitslosigkeit, für Lebenschancen von Jugendlichen und Frauen. Besonders geht es mir um die Bekämpfung jeder Form von prekärer Arbeit. Prekäre Arbeit ist die Geißel der arbeitenden Menschen.“ Seine Wahl zum Präsidenten des IGB sei vor allem eine Anerkennung der deutschen Gewerkschaftsbewegung „für ihr solidarisches Eintreten für Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte weltweit“, so Sommer. ●

Mehr Informationen zum 2. Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes: [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

## Enttäuschende Ergebnisse beim G20-Gipfel

Die Ergebnisse des G20-Gipfels, der ebenso wie der IGB-Weltkongress in Kanada stattfand, sind aus Sicht der internationalen Gewerkschaften enttäuschend.

Es wurden weder ein klarer Zeitplan für die Erhöhung der Ausgaben, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen, noch konkrete Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte verabschiedet. Zudem liefen die G20-Länder mit ihrer Eile, die Haushaltsdefizite bis spätestens 2013 zu halbieren, Gefahr, in eine erneute Rezession hineinzurutschen.

„Dies ist das falsche Schlusskommuniqué zur falschen Zeit – ein im Wesentlichen deskriptiver Text, der angesichts der sich verschärfenden Beschäftigungskrise von inakzeptabler Selbstgefälligkeit zeugt, in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit im Zuge verfrühter Sparmaßnahmen erneut in die Höhe zu schnellen droht“, erklärte die neu gewählte IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. Immerhin hat Bundeskanzlerin Angela Merkel nach einem Treffen mit GewerkschafterInnen zugesagt, ein weiteres G20-Arbeitsministertreffen in Deutschland auszurichten.

## kurz & bündig



**Reisezentren und Fahrkartenschalter zu schließen, ist für**

**TRANSNET und GDBA eine „Schnapsidee“. Bahnchef Grube hatte das Handy zur Fahrkarte der Zukunft erklärt, Beratung und Fahrkartenverkauf seien nicht mehr erforderlich. Die Bahngewerkschaften: „Auch das Ticket 3.0 braucht einen Mensch 3.0.“**



**„Ein Zeichen für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft**

**könnte die Regierung mit der Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes setzen“, fordert der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg. „Mit Luxussteuern auf Yachten, Privatflugzeuge, teure Uhren, Schmuck oder Luxusautos würden auch die Reichen mehr zum Staatshaushalt beitragen.“**



**ver.di hat die Glaubwürdigkeit der Ratingagentur Moody's**

**auf „Ramschstatus“ herabgestuft. Die Bonitätsnote sinke auf „Kaffeesatzleserei“, erklärt ver.di-Wirtschaftsexperte Dierk Hirschel. Große Risiken bestünden auch für die Moody-Wettbewerber Standard & Poor's und Fitch, deren Glaubwürdigkeit sei dramatisch gesunken.**



**Als „kurzsichtig und kraftlos“ hat Michael Vassiliadis, IG BCE-**

**Vorsitzender, die schwarzgelbe „Gesundheitsreform“ bezeichnet. Notwendig wären Antworten, „wie unser Gesundheitswesen so gestaltet werden kann, dass alle Mitglieder einer alternden Gesellschaft am medizinischen Fortschritt teilhaben.“**

## Workshop

### Ökologie schafft Arbeit

„Ein neues Bündnis für Arbeit und Umwelt“ steht im Mittelpunkt eines DGB-Workshops am 14. September in Berlin. Seit einigen Jahren wird in der Öffentlichkeit über ökologisch nachhaltiges Wirtschaften debattiert. In einer grünen Ökonomie ergeben sich durch effiziente Umwelttechnologien und -dienstleistungen Standort- und Wettbewerbsvorteile für innovative Unternehmen und bislang nicht ausgeschöpfte Wachstums- und Beschäftigungspotenziale.

Auf dem DGB-Bundeskongress haben die Gewerkschaften ein breites gesellschaftliches Bündnis gefordert, das diesen Wandel energisch vorantreiben und sozial gerecht gestalten soll. Auf dem Workshop in Berlin sollen vor allem der Zusammenhang von Guter Arbeit und Beschäftigungspotenzialen

im Umweltbereich sowie mögliche Strukturen eines fortgesetzten Dialogs auf nationaler Ebene erörtert werden. Der Workshop ist Teil der DGB-Veranstaltungsreihe „Nachhaltige Klima-, Energie- und Umweltpolitik 2010“. Anmeldeschluss ist der 30. August. •

andrea.hasenberger@dgb.de

## Migranten

### Verlierer im Bildungssystem

„Vor allem junge Einwanderer sind noch immer die Verlierer in unserem Bildungssystem“, konstatierte DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock anlässlich des am 7. Juli in Berlin vorgestellten Migrationsberichts der Bundesregierung. Dem Bericht zufolge verlassen 13,3 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss – ein Drittel mehr als in den Vorjahren. Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss stieg insgesamt von

5,4 Prozent im Jahr 2005 auf inzwischen sieben Prozent. „Die Bildungspolitik muss die Integration von Migrantinnen und Migranten zu einem Schwerpunkt machen“, fordert Sehrbrock.

Der Mangel an frühkindlicher Bildung, die frühe Aufteilung der Kinder auf die verschiedenen Schulformen und die Tatsache, dass Kinder mit Migrationshintergrund häufig in Förderschulen landen, seien wesentliche Gründe für die aktuelle Entwicklung. Problematisch sei zudem, dass erwachsenen MigrantInnen die Integration erschwert werde, weil die Anerkennung ihrer Qualifikationen in einem unsäglichen Wirrwarr der Zuständigkeiten verlaufe. „Wir können es uns nicht leisten, dass Lehrer und Ingenieure als Taxifahrer arbeiten müssen, weil ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen nicht anerkannt werden.“ Sehrbrock begrüßte die Initiative der Bundesregierung, hier ein transparenteres Verfahren zu schaffen. •

## OECD

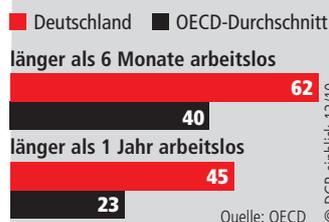
### Auf neoliberalen Kurs

Dank flexibler Arbeitszeitregelungen und Kurzarbeit ist der Arbeitsmarkt in Deutschland in der Krise robuster als in anderen Ländern. Das hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) in ihrem „Beschäftigungs-

ausblick 2010“ festgestellt. Allerdings blieben Arbeitslose hierzulande deutlich länger ohne Beschäftigung als anderswo. Die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre wertet die OECD positiv. Es sollte aber noch mehr Anreize zur „Aufnahme einer existenzsichernden Beschäftigung“ geben, schlägt die OECD vor. Rund 200 000 Arbeitsplätze seien bis zum 3. Quartal 2009 durch Kurzarbeit erhalten worden, die erleichterte Kurzarbeiterregelung solle aber „auslaufen“, wenn der Aufschwung an Fahrt gewinnt“. Die Kurzarbeit habe „zur weiteren Segmentierung des deutschen Arbeitsmarktes beigetragen“, so die OECD. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hält

### Deutsche länger arbeitslos

Anteil der länger Arbeitslosen an allen Arbeitslosen (in Prozent)



**Der Anteil der Langzeitarbeitslosen bleibt in Deutschland auf deutlich höherem Niveau als im OECD-Durchschnitt.**



**Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat im letzten Jahr gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaftsverbänden, unterstützt von der EU, das Projekt „Klimawandel, die neue Industriepolitik und die Auswege aus der Krise“ ins Leben gerufen. Eine Broschüre fasst erste Ergebnisse zusammen. Download: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)**

die OECD-Vorschläge für eine weitere Deregulierung des deutschen Arbeitsmarktes für das falsche Rezept. „Sie kritisieren, dass die Nutzung von Kurzarbeit den Strukturwandel behindert hat. Dabei ignorieren sie völlig, dass gerade die Kurzarbeit dazu beigetragen hat, hochwettbewerbsfähige Industriestrukturen zu sichern.“ •

Kürzungen beim Elterngeld

## Reiche Familien haben Vorrang

Der Ausbau des Elterngeldes stand im schwarz-gelben Koalitionsvertrag. Stattdessen soll jetzt die Leistung gekürzt und für Hartz IV-BezieherInnen gleich ganz gestrichen werden. Das ist sozial- wie gleichstellungspolitisch das falsche Signal, meint Buchautor Thomas Gesterkamp.

Kristina Schröder (CDU) hatte ehrgeizige Pläne. So wollte die neue Familienministerin die Bezugsdauer des Elterngeldes von 14 auf 16 Monate verlängern. Die so genannten Vätermonate – die verfallen, wenn sie vom Partner, meist dem Mann, nicht genommen werden – sollten von zwei auf vier steigen. Zudem war geplant, ein Teilelterngeld einzuführen, bei dem beide Partner parallel ihre Stelle reduzieren und über zwei Jahre unterstützt werden.

All das ist vom Tisch. Ihr Vorhaben sei „derzeit nicht finanzierbar“, kommentierte Schröder die Ergebnisse der Sparklausur der Regierung. In den Verhandlungen versuchte sie gar nicht erst, familienpolitische Leistungen für ähnlich tabu zu erklären wie zum Beispiel die Bildungsausgaben. Statt das Elterngeld auszuweiten, wird es nun abgebaut, und zwar **mit deutlich unsozialer Schlagseite**: Fällt die Reduzierung auf 65 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens bei höheren Verdiensten noch moderat aus, soll Hartz IV-Eltern die Mindestsumme von 300 Euro komplett gestrichen werden.

Die radikalen Einschnitte bei den einkommensschwachen Haushalten begründet die Ministerin mit „**Systemlogik**“: Das Elterngeld solle Berufstätigen die Entscheidung für ein Kind erleichtern. Tatsächlich ist das Instrument familienpolitisch und nicht sozialpolitisch ausgerichtet – es zielt nicht auf den Ausgleich zwischen Arm und Reich. Hartz IV-EmpfängerInnen haben vorher nicht gearbeitet, das stimmt. Doch nach dieser Maxime müsste das Elterngeld auch der nicht erwerbstätigen Zahnarztgattin vorenthalten werden.

Warum sollen gut versorgte Hausfrauen weiterhin 300 Euro bekommen, während die allein erziehende Mutter verzichten soll? Die Willkür, die hinter der Kürzung steckt, ist **selbst innerhalb der Regierung kaum vermittelbar**. „Wenn das Elterngeld als reine Lohnersatzleistung definiert wird, darf es auch nur an Leute ausbezahlt werden, die vorher erwerbstätig waren“, sagt Miriam Gruß, familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. In dem Bemühen der Liberalen, sich einen sozialen Anstrich zu geben, stellte sie auch gleich eine Absenkung des Höchstsatzes auf 1500 Euro im Monat zur Diskussion. Das sei gerechter – und spare dem Finanzminister zudem eine weitere halbe Milliarde.

Wer mehr als 2679 Euro netto verdient, erhält nach den Plänen von Schwarz-Gelb weiter den Maximalwert von 1800 Euro Elterngeld. In Kombination mit der vollständigen Streichung der Minimalleistung für Hartz IV-Empfänger hinterlässt das Vorhaben einen **faden bevölkerungspolitischen Nachgeschmack**. Schon bei der Debatte um die Einführung des Elterngeldes vor vier Jahren hatten KritikerInnen moniert, hier solle vor allem die Gebärfreudigkeit von AkademikerInnen angeregt werden.

Bleibt es bei den Kürzungen in der derzeitigen Form – was angesichts der Kontroversen auch in Koalitionskreisen keineswegs sicher ist – ist die soziale Schiefelage offensichtlich. Das Elterngeld konzentriert sich eben nicht systemlogisch auf jene, die wegen der Geburt eines Kindes ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben. Neben Haushalten, in denen Väter wie Mütter Geld verdienen, erhalten die Leistung auch Familien, in denen Mama sich entschieden hat, ausschließlich für den Nachwuchs da zu sein.

Es ist kein Zufall, dass gerade die CSU, die 2013 eine „Herprämie“ für Hausfrauen durchsetzen will, sich sofort vehement gegen die FDP-Vorschläge stellte. Der Streichplan beim Elterngeld ist **sozial- wie geschlechterpolitisch ein Schritt in die falsche Richtung**. Reiche Familien haben Vorrang – unausgesprochen soll verhindert werden, dass Arme die Verlierer der Zukunft in die Welt setzen. An der Subventionierung der althergebrachten Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen will man erst recht festhalten.

Um Ministerin Schröder nicht zu brüskieren, hatten Berater im Kanzleramt zwischenzeitlich einen Kompromiss zur Diskussion gestellt. Danach hätte die Ministerin zwar die Teilzeitvariante des Elterngeldes durchsetzen können, aber auf die Verlängerung der Vätermonate verzichten müssen. **Jetzt hat sie gar nichts erreicht** – ein Rückschritt für die Gleichstellungspolitik: Denn nur wenn Männer mehr als eine Art verlängerten Urlaub machen, kann das wirklich die Rollenmuster von Paaren verändern. ●



Foto: privat

**Dr. Thomas Gesterkamp, 52, ist Journalist in Köln und Autor des Buches „Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere“, das gerade in einer aktualisierten Neuauflage erschienen ist (Verlag Barbara Budrich).**

## Kulturwandel bei den Vätern

Seit die Babyauszeit mit einer Lohnersatzleistung honoriert wird, hat sich die Beteiligung der Männer versechsfacht. Nach Auswertungen des Statistischen Bundesamtes stellen sie mittlerweile rund 20 Prozent der Anträge auf Elterngeld. Vor Einführung der neuen Regelung im Jahr 2007 waren es nur 3,5 Prozent.

Immerhin ein Drittel der Väter pausiert länger als zwei Monate. Es handelt sich also keineswegs um reine „Mitnahmeeffekte“, wie KritikerInnen behaupten, sondern um einen grundlegenden kulturellen Wandel. Die hohe Akzeptanz der Väterzeit liefert zudem den Beweis, dass Politik Verhalten beeinflussen oder gar steuern kann.

Geschlechterpolitisch ist das Elterngeld ein großer Fortschritt, für den Bundeshaushalt allerdings eine Belastung. Fast 4,5 Milliarden Euro werden im laufenden Jahr ausgezahlt – das sind zwei Drittel des Gesamtbudgets des Familienministeriums. Ausgerechnet die erwünschte stärkere Beteiligung der Väter erwies sich als „Kostentreiber“: 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens fallen bei den männlichen Elternzeitlern mehr ins Gewicht, weil diese meist mehr verdienen als ihre Partnerinnen. Durch die Kürzungen will die Bundesregierung 630 Millionen Euro einsparen.

### LEIHARBEIT: Schmäler Steg in reguläre Beschäftigung

**Nur sieben Prozent aller zuvor arbeitslosen Leiharbeitskräfte schaffen es nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die Arbeitslosigkeit dauerhaft hinter sich zu lassen. „Leiharbeit ist keine breite Brücke, aber ein schmaler Steg in Beschäftigung“, so IAB-Direktor Joachim Möller. Das hat einen hohen Preis: Leiharbeitskräfte verdienen rund ein Viertel weniger. Leiharbeit sei „eine der Hauptverkehrsstraßen in prekäre Beschäftigung“, betont DGB-Vorstand Annelie Buntenbach.**

25 Prozent der LeiharbeiterInnen waren in den zwei Jahren vorher arbeitslos, davon sind nach der Leiharbeit insgesamt



Arbeitslose, die Erfahrung mit Leiharbeit hatten...



Arbeitslose, die keine Erfahrung mit Leiharbeit hatten...



Arbeitslose mit wenig Arbeitserfahrung...



Angaben in Prozent, Quelle: IAB 2010

© DGB einblick 13 /10

### personalien

Der DGB-Vorsitzende **Michael Sommer**, 59, ist neuer Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Er folgt der bisherigen Präsidentin **Sharan Burrow**, 56, aus Australien, die

zur neuen Generalsekretärin des IGB gewählt wurde. Der bisherige Generalsekretär **Guy Ryder**, 55, wechselt als Stellvertretender Generaldirektor zur Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Genf.

### Tipp

**Buch: Ruprecht Polenz, Besser für beide – Die Türkei gehört in die EU, Edition Körber-Stiftung, 110 S., 10 Euro**

Die Türkei hat eine faire Chance auf eine EU-Vollmitgliedschaft verdient – Ruprecht Polenz (CDU)

widerlegt alle Einwände und liefert überzeugende Argumente. Die Verankerung in der EU schütze das Land vor islamistischen Gefährdungen und sie dokumentiert, dass die EU auch künftig Modell einer Friedensordnung sein kann.

### 49 TAGE

mehr Infos: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

**13.7.** D G B - R e g i o n Mittelfranken, Diskussion „Die „schwäbische Hausfrau“ spart sich aus der Krise? Oder: Brauchen wir einen „New Deal“ für Europa?“, Nürnberg

**14.7.** DGB, GEW, GdP, ver.di, Fachtagung „FrauenStärken: Neue Impulse für Gleichstellung in Baden-Württemberg“, Stuttgart

**15.7.** DGB, Hans-Böckler-Stiftung, Tagung: „Wer ernährt die Familie?“, Leipzig

**18.-30.7.** DGB-Bildungswerk, Workshop „SommerCampus für Betriebsräte“, Hamburg

**20.7.** Nationaler Gedenktag an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft

**23.7.** ver.di, 6. Frauen-Alterssicherungs-Konferenz „Prekarität und deren Auswirkungen auf die Alterssicherung der Frauen“, Berlin

**8.-11.8.** DGB-Bildungswerk, 3. Gesundheitsgipfel „Prävention und Gesundheitsförderung“, Grainau / Bayern

**20.8.** DGB-Region Sachsen-Anhalt/Süd, Diskussion „Ge-regelte Leiharbeit! Zukunft oder Alptraum?“, Halle

**20.8.** IGBCE, Demografie-Tagung „Die Weichen werden jetzt gestellt“, Hannover

**23.-29.8.** D G B - J u g e n d Baden-Württemberg, Schwules Sommercamp, Markelfingen am Bodensee

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Thomas Gesterkamp, Luis Ledesma, Thomas Lehmann **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de), E-Mail: [redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info) **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: [bettina.muettel@berlin.de](mailto:bettina.muettel@berlin.de) **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Beleg-exemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor. **Der nächste einblick erscheint am 30. August 2010**

### Schlusspunkt.

**„Wenn es mir nicht gelingt, ein vernünftiges Gesundheitssystem auf den Weg zu bringen, dann will mich keiner mehr als Gesundheitsminister haben.“**

Gesundheitsminister Phillip Rösler (FDP) im Februar 2010 zu seinen Plänen, das Gesundheitssystem durch eine Kopfpauschale zu reformieren.

### Arbeitslosengeld

#### Bei Überzahlung keine Rückzahlung

Ein Arbeitsloser muss zu viel bezahltes Arbeitslosengeld dann nicht zurückzahlen, wenn die Behörde nicht durch die Vorlage der maßgeblichen Bescheide den Verschuldensvorwurf gegenüber dem Arbeitslosen belegen kann.

**Landessozialgericht Baden-Württemberg,  
Urteil vom 5. Februar 2010 - L 8 AL 66/08**

### Hartz IV

#### Leistungsträger zahlt Dachreparatur

Wer Leistungen der Grundsicherung bezieht, kann die Erstattung der Kosten für die Reparatur des Daches eines selbst bewohnten Hauses als Erhaltungsaufwand geltend machen. Denn ein dichtes Dach ist unerlässlich.

Sind irreparable Schäden an Eigentum und Gesundheit der Hausbewohner zu befürchten, kann der Leistungsbezieher den Erlass einer einstweiligen Anordnung beantragen.

**Landessozialgericht Berlin-Brandenburg,  
Beschluss vom 5. Mai 2010 - L 5 AS 425/10 B ER**

### Hartz IV

#### Darlehen sind schriftlich zu regeln

Behauptet ein Empfänger von Hartz-IV-Leistungen, das Geld auf dem Konto sei geliehen, muss er das beweisen. Er hat eine Darlehensvereinbarung mit einer Absprache zur Rückzahlung vorzulegen. Andernfalls gilt das vermeintliche Darlehen als Einkommen des Hartz-IV-Beziehers.

**Bundessozialgericht,  
Urteil vom 17. Juni 2010 - B 14 AS 46/09 R**

### Unterkunftskosten

#### Auch Wohnmobil ist Wohnung

Wohnt ein Langzeitarbeitsloser nur im Wohnmobil, so kann er die Kosten des Fahrzeugs teilweise vom Jobcenter erstattet bekommen. Allerdings werden dann nur die Kosten erstattet, die für den Unterkunftszweck erforderlich sind.

Nicht erstattungsfähig sind dagegen Kosten für Pflege und Wartung des Fahrzeugs sowie Kraftstoffkosten.

**Bundessozialgericht,  
Urteil vom 17. Juni 2010 - B 14 AS 79/09 R**

### Hartz-IV-Sätze für Kinder

#### Keine rückwirkende Zahlung

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010, wonach die bisherige Berechnung der Hartz-IV-Sätze verfassungswidrig ist, begründet keinen Anspruch auf Zahlung für zurückliegende Zeiträume.

**Bundessozialgericht,  
Urteil vom 17. Juni 2010 - B 14 AS 17/10 R**

### Betriebsrattätigkeit

#### Kinderbetreuungskosten gehören dazu

Der Arbeitgeber muss im erforderlichen Umfang die Kosten erstatten, die einem allein erziehenden Betriebsratsmitglied während einer mehrtägigen auswärtigen Betriebsrattätigkeit durch die Fremdbetreuung seiner minderjährigen Kinder entstehen.

**Der Fall:** Die allein erziehende Mutter, Betriebsratsmitglied, nahm an Sitzungen des Gesamtbetriebsrats und auswärtigen Betriebsraterversammlungen teil. Sie war deswegen zehn Tage ortsabwesend. Für die Betreuung ihrer 11 und 12 Jahre alten Kinder musste sie fremde Hilfe in Anspruch nehmen und verlangte die Erstattung der Betreuungskosten in Höhe von 600 Euro. Mit ihrer Klage hatte sie Erfolg.

**Das Bundesarbeitsgericht:** Nach dem Betriebsverfassungsgesetz trägt der Arbeitgeber die durch die Betriebsrattätigkeit entstehenden Kosten. Dazu gehören auch Aufwendungen, die einzelne Betriebsratsmitglieder zur Erfüllung ihrer Betriebsratsaufgaben für erforderlich halten dürfen, nicht aber sämtliche Kosten, die nur irgendwie durch die Betriebsrattätigkeit veranlasst sind. Grundsätzlich nicht erstattungsfähig sind Aufwendungen, die der persönlichen Lebensführung zuzuordnen sind. Vom Arbeitgeber zu tragen sind aber Kosten, die einem Betriebsratsmitglied dadurch entstehen, dass es die Betreuung minderjähriger Kinder sicherstellen muss, wenn es außerhalb der persönlichen Arbeitszeit Betriebsratsaufgaben wahrnehmen muss. Das Betriebsratsmitglied befindet sich in dem Fall in einer Pflichtenkollision zwischen seinen betriebsverfassungsrechtlichen Aufgaben und der Pflicht zur elterlichen Personensorge. Pflege und Erziehung der Kinder sind nicht nur „das natürliche Recht der Eltern“, sondern auch „die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“. Dementsprechend darf dem Betriebsratsmitglied durch die gleichzeitige Erfüllung beider Pflichten kein Vermögensopfer entstehen.

**Bundesarbeitsgericht,  
Beschluss vom 23. Juni 2010 - 7 ABR 103/08**

### Krebsbehandlung in Privatklinik

#### Keine Kostenerstattung

Eine gesetzliche Krankenkasse ist nicht verpflichtet, die Kosten für eine regionale Chemotherapie, eine nicht allgemein anerkannte Therapieform, zu übernehmen.

**Der Fall:** Die an Brustkrebs erkrankte Frau hatte sich in einem für gesetzlich Versicherte zugelassenen Krankenhaus behandeln lassen. Die herkömmliche Chemotherapie brach sie jedoch wegen erheblicher Nebenwirkungen ab. Sie entschied sich stattdessen für eine regionale, auf die betroffene Körperregion beschränkte Chemotherapie, die in einer nicht zugelassenen Privatklinik durchgeführt wurde. Die Krankenkasse weigerte sich, die Kosten für die Behandlung von etwa 27.000 Euro zu übernehmen. Es handele sich nicht um eine allgemein anerkannte Therapieform. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

**Das Landessozialgericht:** Die von der Frau gewählte regionale Chemotherapie entspricht in Qualität und Wirksamkeit bei Brustkrebs Erkrankungen nicht dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse. Zudem hätte es auch bei der angewandten Standardchemotherapie Erfolg versprechende Möglichkeiten zur Verringerung der Nebenwirkungen gegeben. Es sei nicht gerechtfertigt, die Kosten auf die Versichertengemeinschaft abzuwälzen.

**Landessozialgericht Baden-Württemberg,  
Urteil vom 3. März 2010 - L 5 KR 2035/09**